





gewisses Äquivalent für die Betriebssteuer und richte sich gegen das Monopol der bestehenden Fabriken.

**Abg. Richter** (Freil. Vpt.): Der Abg. Richter hat vollständig recht. Wenn wir diesen Antrag bekämpfen, so handeln wir nur konsequent. Wir sind doch nur für eine gleiche Behandlung des Zuckers eingetreten, einerlei ob es sich um Rohzucker oder Melassezucker handelt. Von diesem Standpunkt aus haben wir uns dagegen verwahrt, daß durch die Kontingentierung der Melassezucker schlechter behandelt wurde. Dieses haben wir erreicht, denn als Graf Scherwin den weitergehenden Antrag stellte, nicht den Melassezucker gleich zu behandeln, sondern ihn zu begünstigen gegenüber dem anderen Zucker, ist dieser Antrag abgelehnt worden gegen wenig Stimmen von der rechten Seite. Nun findet sich für den vorliegenden Antrag eine Mehrheit, die den neu entstehenden Melassefabriken ein Privilegium gewährt vor anderen neu entstehenden Rohzuckerfabriken. Wenn der Abg. Baasche konsequent wäre, dann müßte er jetzt einen Antrag einbringen, daß neu entstehende Zuckerfabriken auch so viel Kontingent erhielten. Wir haben weder für noch gegen den Melassezucker einen Standpunkt vertreten, sondern nur eine gleiche Behandlung gefordert. Aber alle Interessen sind ja jetzt eintig, die Deute ist vertheilt und das Gesetz kommt auf Grund dieser Vertheilung zu Stande. (Beifall links.)

Der Antrag Müller-Fulda wird gegen die Stimmen der Linken einschließlich der meisten National Liberalen angenommen, ebenso § 80 (Kontingent von 17 Millionen Doppelcentnern) mit diesem Antrag.

Die §§ 81-83 werden ohne Debatte angenommen.

§ 84, welcher lautet: „Mit dem 31. Juli 1903 treten die Vorschriften des zweiten und dritten Theils des Gesetzes außer Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die Zuckersteuer auf 18 M. und der Eingangs Zoll auf 36 M. für 100 Kilogr. ermäßigt“, wird auf Antrag des Abg. Graf Carmer (r.) gestrichen.

Zu Art. 2, welcher die Verbrauchsabgabe auf 21 M. festsetzt, liegen zwei gleiche Anträge der Abgg. Richter (Freil. Vpt.) und Meyer-Danzig (Rpt.) vor, welche beide die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf 20 M. wollen.

**Abg. Richter:** Alle Kosten der Vertheilung können bestritten werden aus der Betriebsabgabe mit der Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf 20 M. Den Konsumenten geht noch eine Mehrbelastung von 9 Millionen durch die Erhöhung der Verbrauchsabgabe aufzuwiegen, ist in jeder Hinsicht ungerecht.

**Schleiermacher** erklärt sich mit Rücksicht auf die Reichstagsgegenüberstellung.

**Abg. Meyer-Danzig** ersucht um Annahme seines Antrages im Interesse der Konsumenten.

**Abg. Frhr. v. Stumm** (Rpt.) erklärt sich gegen den Antrag Richter. Wenn man nicht weiß, ob die Reichstagskommission im Vortheil oder Nachtheil sei, so müsse man sich in erster Linie davor hüten, ein Defizit zu schaffen.

**Abg. v. Karlowitz** (Rpt.) erklärt, für den Antrag stimmen zu wollen. Aus der Verbrauchsabgabe und Betriebsabgabe werde sich so viel ergeben, daß es auf die 6 1/2 Millionen mehr oder weniger nicht ankomme.

**Schleiermacher** macht darauf aufmerksam, daß bei der Berechnung der letzten Vorlage ausdrücklich der Postfall der Zuckerprämie von 1897 ab mit in Rechnung gezogen wurde. Es sei sicher, daß das Reich finanziell ungünstiger durch dieses Gesetz gestellt werde als bisher. Die Regierung brachten schon im Interesse der nothleidenden Landwirtschaft ein großes Opfer, und man könnte ihnen unangenehm zumuthen, noch weiter zu gehen.

**Abg. Richter** (Freil. Vpt.): Der Bundesrath will nun auch etwas haben. (Große Heiterkeit.) Es scheint mir doch ganz bedenklich, wenn wir damit grollend gemacht werden sollen, daß der Bundesrath, wenn er nicht auch etwas bekommt, gegen das Gesetz stimmen wird. Dazu denke ich viel zu hoch vom Bundesrath, als daß er für ein paar Millionen mehr oder weniger zu haben ist oder nicht. Es ist doch keine Kleinigkeit, wenn die Verbrauchsabgabe auf ein notwendiges Lebensmittel um 2 oder 3 Mark erhöht wird. Sie sind in der Lage, den Betrag der Belastung der Konsumenten um 6 Millionen zu ermäßigen. Das ist doch sehr erheblich für den Umfang des Zuckerkonsums selbst und insofern auch für die Landwirtschaft und die Zuckerfabrikation, die an einer möglichst geringen Zuckersteuer ein ebenso großes Interesse hat wie die Konsumenten. Der Schleiermacher, der sonst immer ausführt, daß man in der Wirtschaftskommission die Finanzlage viel zu schwarz gezeichnet habe, redet jetzt von einem jus quassatum. Ich sehe auch auf dem Standpunkt, daß die etatistischen Ergebnisse aus der Zuckersteuer nicht vermindert werden sollen, aber das geschieht gar nicht. Denn es ergibt sich einschließlich der Betriebsabgabe von 2 1/2 Millionen eine Mehrerhebung von 14 1/2 Millionen für den Reichsfinanzen, während die Ausgaben nur um 13 1/2 Millionen vermindert werden. Es bleibt also noch ein Plus von 1 1/2 Millionen für die neu entstehenden Melassefabriken nach dem Antrag Müller-Fulda. Wenn die Konsequenzen des Antrages Müller in Zukunft in Betracht kommen, so steigen doch andererseits in Zukunft auch die Einnahmen aus der Zuckersteuer durch Erhöhung des Konsums. Die Rechnung ist gewissermaßen schon von der Kommission beglaubigt worden, die jede Betriebsabgabe ablehnte und die Ausfuhrprämie zuerst auf 3 M. normierte. Nun ist die Betriebsabgabe eingeführt und die Ausfuhrprämie auf 2,50 M. normiert, was eine Erleichterung für die Reichsfinanzen von über 5 Millionen Mark ergibt. Man sollte deshalb auch konsequent sein und die Verbrauchsabgabe von 21 Mark auf 20 Mark ermäßigen.

**Schleiermacher** erklärt, daß der Abg. Richter hat bei seiner Berechnung die Raffinade außer Betracht gelassen und auch vergessen, daß das Reich bei der jetzigen Normierung der Prämie und namentlich bei der Erhöhung der Raffinadenprämie ein größeres Risiko hat. Wenn die Ausfuhr an Raffinade steigt, so steigt die Belastung des Reichs, und es ist doch wohl unzweifelhaft die Absicht des Hauses gewesen, die Einnahmen aus dem steigenden Konsum dem Reich zu überlassen. Ich bitte Sie unter diesen Verhältnissen dringend, den Antrag Richter abzulehnen und es sei der Verbrauchsabgabe von 21 Mark zu belassen. Es ist übertrieben, wenn man glaubt, daß durch eine so geringe Differenz der Konsum leidet.

Die Abstimmung über den Antrag Richter-Meyer-Danzig (Herabsetzung der Verbrauchsabgabe von 21 auf 20 Mark) ist auf Antrag des Abg. Richter eine namentliche. Dafür stimmen 154, dagegen 119 Abgeordnete. Der Antrag ist also angenommen. Dafür stimmen die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, die Polen, die Mehrzahl der Reichspartei, ein großer Theil des Centrums und der National Liberalen, und einige Konservern. Dagegen das Gros der Konservern, die Antisemiten, die Welsen, die Mehrheit der Centrums und der National Liberalen und die Mitglieder der Reichspartei, Frhr. v. Stumm, Clemm-Mühlhausen, v. Loesewitz, Rupp, Graf Bernstorff, Frhr. v. Güttingen, v. Dziembowski, Müller-Harburg und Reichmuth.

Der Rest der Vorlage wird debattelos angenommen, ebenso einstimmig die Resolution Richter, durch welche die verbündeten Regierungen ersucht werden, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß durch internationale Verein-

barungen eine Beseitigung der Ausfuhrverbote für Zucker in thunlichster Weise herbeigeführt werde.

Die Gesamtstimmung über das ganze Gesetz ist eine namentliche. Dafür stimmen 144, dagegen 124 Abgeordnete. Das Gesetz ist also angenommen. Dafür stimmen die Konservern, die Reichspartei, die National Liberalen mit wenigen Ausnahmen, die Mehrheit des Centrums und die Antisemiten. Dagegen die beiden freisinnigen Parteien, die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Polen, die süddeutschen Centrumsabgeordneten, einige National Liberalen sowie die Konservern v. Standt und Graf Schlieffen-Schlieffenberg.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Montag, den 18. Mai 1 Uhr (Gesetzentwurf betr. Umformung der vierzig Bataillone).

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 15. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zur dritten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Gewährung von Umzugskosten an Regierungsbeamte beantragt

**Abg. Richter** (Freil. Vpt.) im Art. 1 die Worte: „soweit ihnen die Ausfuhr auf dauernde Verwendung ausdrücklich eröffnet ist“ zu streichen. Der Antrag bezweckt, die Regierungsbeamten bezüglich der Gewährung von Umzugskosten den Regierungsassessoren und Regierungsräthen gleichzustellen.

**Abg. v. Babenheimer** (konf.) spricht sich gegen den Antrag Richter, Abg. Lohmann (r.) für denselben aus.

**Finanzminister Miquel** bittet um Ablehnung des Antrags Richter. Es sei nicht angängig, disparitätliche Verhältnisse gleich zu behandeln. Die Regierungsbeamten könnten in diesem Falle den Regierungsassessoren und Regierungsräthen nicht gleichgestellt werden. Es würde dies einen zu großen Andrang von Anwärtern zur Folge haben, die sich dann über mangelhaftes Abkommen beklagen und mit ihrer Karriere unzufrieden sein würden.

**Die Abgg. Wallbrecht (nl.) und Krahwinkel (nl.)** erklären sich im Interesse der Parität für den Antrag Richter.

**Eisenbahnminister Thielen** bittet um Ablehnung des Antrags Richter, indem er ausführt, daß durch die Annahme desselben den Beamten mehr Schaden als Nutzen erwachsen würde.

Darauf wird der Antrag Richter abgelehnt, ebenso ein Antrag Lohmann, der dahin ginge, daß die Regierungsbeamten, wenn sie eine dreijährige Dienstzeit hinter sich haben, Anspruch auf dauernde Anstellung haben.

Das Gesetz wird ohne weitere Debatte unverändert angenommen. Desgleichen der Gesetzesentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1896/97.

Es folgen Petitionen.

Ziel der Beratung über Petitionen von Eisenbahnbeamten um Gehaltsaufbesserung erklärt

**Gehlmuth Gerlach**, daß der größte Theil der in Rede stehenden Petenten vor einigen Jahren eine Gehaltsaufbesserung erfahren habe, deshalb bitte er, über die betreffenden Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

**Abg. Dr. Arendt** (freil.) hält eine allgemeine Aufbesserung der Beamten für durchaus geboten. Inwiefern müsse eine solche Maßnahme im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Er sei der Meinung, daß die Mittel durch eine Konversion der 4prozentigen Staatspapiere gedeckt werden können und spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung sich ablehnend gegen diese Maßregel verhalte.

**Abg. Richter** (Freil. Vpt.) hält ebenfalls die Konversion für das geeignetste Mittel zur Aufbringung der für die Aufbesserung der Beamtengehälter erforderlichen Kosten. Redner beantragt, sämtliche Petitionen, entgegen dem Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung, der Regierung als Material zu überweisen.

**Abg. Kirch** (Ctr.) schließt sich dem Antrag Richter an.

**Abg. Reinhardt** (nl.) hält es nicht für angängig die Petitionen durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, zweifelt aber daran, daß die Konversion ohne weiteres durchführbar sein wird.

**Abg. Lohmann** bedauert, daß die Frage der Gehaltsaufbesserung der Beamten verdrängt worden ist mit der Frage der Konversion der Staatspapiere. Man müsse vor allem fragen, ob die allgemeine Finanzlage die Aufbesserung gestatte, und wenn diese Frage zu bejahen sei, und wenn das Bedürfnis der Aufbesserung anerkannt sei, dann sei es unwürdig, wenn man den Beamten die Hilfe nicht gewähre.

**Abg. Schmidt** (Waburg, Ctr.) wünscht, daß die kleinen Beamten nicht verdrängt werden, bis die Frage der Konversion gelöst sei, und spricht den Wunsch aus, daß die Regierung die Petitionen berücksichtigen möge.

**Abg. Gothein** (Freil. Vpt.) spricht seine Ueberraschung aus über die Beamtensolidarität der Vorredner, Redner hofft, daß dieser Umschlag der Stimmung nicht angeht, der bevorstehenden Neuwahlen erfolgt sei. Im Uebrigen halte auch er die Konversion als das geeignetste Mittel zur Aufbringung der Kosten. Redner bedauert, daß Abg. Arendt seinen diesbezüglichen Antrag eingebracht hat.

**Abg. Gerlach** führt aus, daß die Kosten für die Aufbesserung durch die Konversion und durch die Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung gedeckt werden könnten. Den Vorwurf des Vorredners, daß seine Partei den kleinen Beamten mit Rücksicht auf die Neuwahlen jetzt wohlwollender sich gegenüberstelle, wolle er mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Wünsche dieser Beamten könne man jetzt berücksichtigen, weil die Finanzlage es gestatte; das sei der einzige Grund, der für seine Partei ausschlaggebend sei.

Das Haus wendet sich sodann den einzelnen Petitionen zu und überweist eine Reihe Petitionen von Eisenbahnbeamten um Erhöhung des Gehaltes der Regierung als Material nach dem Antrag Kirch und Genossen, entgegen dem Antrag der Budgetkommission auf Uebergang zur Tagesordnung.

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 11 Uhr (Antrag Wallbrecht, betreffend die Forderungen der Bauhandwerker, Petitionen.)

Schluß nach 4 Uhr.

## Deutschland.

□ **Berlin, 15. Mai.** [Die Zuckersteuer-Debatte im Reichstage] ist die Debatte der namentlichen Abstimmungen und der Hammelsprünge. So viele Auszählungen des Hauses wie bei dieser Vorlage giebt es sonst nur selten. Das auf jeden Fall starke Minderheit hat ein natürliches Interesse daran, festgestellt zu wissen, wer von der Mehrheit seine Zustimmung zu so wichtigen Paragraphen giebt. Noch größer ist das Interesse daran, die häufigen Spaltungen der Mehrheitsparteien nach Namen und Zahl konstatieren zu können. Bei den meisten grundlegenden Bestimmungen ist ein immerhin bemerkenswerther Bruchtheil der

Konservern von der Masse der Rechten abgesplittert, und die Minderheit innerhalb der Fraktion ist noch größer beim Centrum. Die heute begonnene dritte Lesung führte zu einigen scharfen Auseinandersetzungen, an denen sich die Konservern, die Freisinnigen und das Centrum beteiligten; es wurden durchweg nur kurze Reden gehalten, was der Belebung der Debatte nur zugute kam. Als Hauptredner des Centrums trat diesmal Herr Vieber auf den Plan, nachdem in der letzten Zeit der Abg. Bachem die Aufgabe zu erfüllen gehabt hatte, die agrarische Schwankung seiner Fraktion mit Anstand zu bemänteln. Beim Centrum zuerst und zuletzt hat sich der Schatzsekretär und haben sich die Zuckerinteressenten dafür zu bedanken, daß das Gesetz durchgeht. Wie aber die Centrumsleitung mit den bayerischen Dissidenten auseinanderkommen will, das wird wohl noch ein besonderes Kapitel der Centrumsgegeschichte abgeben. Freilich kommt die Stimmung gerade mancher süddeutscher Kreise den neuen agrarischen Neigungen im Centrum bereitwillig entgegen. Nur gerade in der Zuckersteuerfrage ist ein scharfer Strich da.

Der dem Reichstage zugegangene Nachtrags- etat enthält auch eine Forderung von 250000 Mark für Repräsentation des deutschen Reiches bei den Moskauer Eröffnungsfeierlichkeiten.

Der dem Reichstage zugegangene Nachtrag zum Kolonialetat pro 1896/97 verlangt zu den Kosten der vom Reich zu übernehmenden Verwaltung des Gebietes der „Neuguinea-Kompagnie“ einen Reichszuschuß von 180 000 M.

B. C. Der Minister für Handel und Gewerbe hat dem Hause der Abgeordneten die Mittheilung gemacht, daß der dort vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Handelskammern zurückgezogen worden sei.

Der Finanzminister Miquel empfing am Mittwoch Nachmittag eine Abordnung des zur Errichtung des Botanischen Gartens in Berlin gebildeten Ausschusses und erklärte derselben, die Frage des Verkaufs des Gartens sei noch nicht zur Entscheidung reif. Bezüglich der Ueberlassung des Botanischen Gartens an die Stadt Berlin bemerkte der Minister, der Staat habe für Berlin bereits durch die Erbauung von Museen, Theatern und Hofanlagen viel gethan, wofür die Stadt nichts habe aufwenden brauchen. Es sei daher nicht daran zu denken, daß der Staat den Botanischen Garten der Stadt Berlin unentgeltlich überlassen werde. Vielmehr werde der Garten nur gegen eine angemessene Entschädigung hergegeben werden, über deren Höhe jedoch, wie er zuversichtlich hoffe, eine Verständigung zu erzielen sein werde.

Als Nachfolger des hiesigen französischen Botschafters Herbert wird jetzt mit größerer Bestimmtheit der bisherige Gesandte in Bern, Barrère genannt.

W. B. **Brinckenau, 15. Mai.** Der Kaiser besuchte gestern Vormittag den Gottesdienst und sprachte nachmittags im Waldpark eine Fische zur Erinnerung. Der gestrige von 400 Hüttenarbeitern und 200 Arbeitervereins-Mitgliedern dargebrachte Fischezug nahm einen glänzenden Verlauf; an denselben schloß sich ein prächtiges Feuerwerk. Heute früh 4 Uhr begab sich der Kaiser zur Reihbodörfer nach dem benachbarten Dorfe Rosel.

W. B. **Darmstadt, 15. Mai.** Wie die „Darmst. Ztg.“ mittheilt, hat das großherzogliche Ministerium der Finanzen heute einen Erlaß an den Verwaltungsrath der „Hessischen Ludwigs-Eisenbahn“ gerichtet, worin es heißt:

Nachdem die am 5. d. M. in Berlin stattgefundene Verhandlung zwischen den Vertretern der hessischen und preussischen Regierung und den Delegirten der Gesellschaft eine Uenderung in der ablehnenden Haltung der letzteren gegenüber dem gemeinsamen Angebot der beiden Regierungen nicht ergeben hat, andererseits aber auch eine Erhöhung des staatlichen Angebots nicht in Aussicht gestellt werden konnte, erscheint ein weiterer Aufschub der Vorbereitung der beabsichtigten Einigung der fälligen Linien in das Staatsnetz erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen aus den in unserer Mittheilung vom 29. v. Mts. bereits hervorgehobenen Gründen nicht ferner angängig. Für Entgegennahme der etwaigen hierauf bezüglichen Wünschen der Gesellschaftsvertreter und zur Vermeldung eines weiteren zeitnaheenden Schriftwechsels haben wir daher für die zweite Hälfte der Pfingstwoche, am 28. d. M. eine mündliche Erweiterung der Angelegenheit bei unserer Abtheilung für Eisenbahnen in Aussicht genommen und wollen wir Ihnen Vorschläge beifügen, näherer Bestimmung von Tag und Ort der Besprechung, sowie der Bezeichnung der ihrerseits hierzu zu entsendenden Vertreter entgegenzusehen. Die Hauptpunkte, um welche es sich hierbei handelt, sind am Schluß des Schreibens vom 28. März angegeben. Hinsichtlich der Betriebsmittel ist insbesondere hierzu noch zu bemerken, daß wir beabsichtigen, deren Werth nach dem Verhältniß der im Jahre 1895 auf den fälligen und nichtfälligen Strecken der Gesellschaft durchlaufenden Votomotiv- und Waggon-Kilometer festzustellen und laden Sie daher ein, dieses Verhältniß noch vor dem Verhandlungstermin festzustellen und unter Namhaftmachung der hierauf und unter Berücksichtigung der seitherigen Verwendung der auf die beiden Gruppen entfallenden Votomotiven und Wagen nach Nummern und Anschaffungszeit, bei gleichzeitiger Angabe des Anschaffungswertes der einzelnen Nummern, bis längstens 26. d. Mts. uns mittheilen zu wollen. Wir laden Sie ein, eine Uebersicht über die bis jetzt verausgabten Beträge, welche die Gesellschaft aus dem Vertrage über die Erbauung der Eisenbahnbrücke bei Worms und als Anlagekosten der Nebenbahn Flonheim-Wendelsheim zur Durchführung der konzessionsmäßigen Verstaatlichung in Anspruch zu nehmen sich berechtigt glaubt, bis zum 26. d. Mts. ebenfalls in Vorlage bringen zu wollen.

W. B. **Frankfurt a. M., 15. Mai.** Gegenüber der von der hiesigen sozialdemokratischen „Volksstimme“ in ihrer Ausgabe vom 13. d. veröffentlichten und in andere Blätter übergegangenen Mittheilung, daß während der Tage der Friedensfeier hiesig selbst 40 Verhaftungen wegen angeblicher Majestätsbeleidigungen stattgefunden hätten, stellt der Volkszeitung fest, daß in der erwähnten Zeit auch nicht eine einzige solche Verhaftung in Frankfurt stattgefunden hat und daß nicht einmal eine derartige Anzeige eingegangen, der betreffende Artikel also von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

W. B. **Karlsruhe, 15. Mai.** Die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen ist heute Nachmittag 3 Uhr hier eingetroffen. Die Söhne des Kronprinzlichen Paares werden morgen erwartet.

W. B. **Braunschweig, 15. Mai.** Dem Landtage ging eine Vorlage zur Bewilligung von 220 000 Mark für Errichtung eines staatlichen Kalisalz-Bergwerkes bei Remlingen zu.



## Aus dem Gerichtssaal.

W. B. Stolz (Bomm.), 15. Mai, 9 Uhr Abends. Das Urtheil in dem Prozeß gegen den Bernsteinwaaren-Fabrikanten Westphal lautet auf Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten des Nebenklägers werden diesem auferlegt, die übrigen Kosten der Staatskasse. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte bei der Abfassung und Verbreitung der Denkschrift in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Urtheilsverkündung wurde vom Publikum mit stürmischen Bravorufen aufgenommen.

W. B. Wien, 15. Mai. Heute fanden die letzten gerichtlichen Verhandlungen gegen die wegen der Ruhestörungen vom 1. Mai verhafteten Arbeiter statt. Neun Angeklagte wurden zu einer Woche Arrest bis 18 Monaten schweren Kerfers verurtheilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

## Persisches.

Der jüngste Sohn des Staatssekretärs v. Böttcher, der in Rheinsberg Referendar ist, wird seit zwei Tagen vermisst. Derselbe unternahm, wie die „Post“ hört, am Mittwoch auf dem Neuruppiner See eine Kahnfahrt, wovon er bis jetzt nicht zurückgekehrt ist.

Der „Verein deutscher Zeichenlehrer“ wird seine 13. ordentliche Hauptversammlung am 26. und 27. Mai in Detmold abhalten. Neben Verhandlungen über innere Angelegenheiten des Vereins haben nachgenannte Herren Vorträge in Aussicht gestellt: Becking-Hannover; Höle-Lippstadt; Grau-Stade; Scheffers-Deffau und Ehret in Freiburg i. B. Am 25. d. (2. Pfingsttag) findet schon eine Vorversammlung statt. Die Verathung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände wird Zeit genug übrig lassen, um den Zeitsburger Wald zu durchstreifen, und die Sehenswürdigkeiten Detmolds und der Umgegend in Augenschein nehmen zu können. Am 26. d. findet Festeffen auf der Grottenburg statt. Am 27. d. Nachmittags sollen die Exkursionsstellen in Augenschein genommen werden. Der 28. d. Vormittags soll dem Besuche der Stadt Lemgo gewidmet werden, die zur Zeit der Hanfa eine große Rolle spielte und noch manche interessante Alterthümer birgt.

Aus dem alten St. Andreas-Fisch-Dock in Gull brachen am 15. d. große Wassermassen durch die Dockthürhaken in das neue fast schon vollendete Dock etc. Mehrere sämtliche Schiffe wurden von den Untern gerissen, mehrere Fahrzeuge sind gesunken, andere zerschmettert. Menschenverlust ist nicht zu beklagen; der Schaden wird auf hunderttausend Pfund Sterling geschätzt.

## Sofales.

Posen, 16. Mai.

Heute früh 12<sup>1/2</sup> Uhr passirte der Kaiser mittelst Extrazuges die hiesige Station in der Richtung nach Thorn. Der Kaiser kam aus Primkenau und begab sich nach Pröckelwitz zur Jagd. Während des Aufenthaltes hieselbst, welcher 5 Minuten dauerte, wurden die Zugmaschine und das Zugpersonal gewechselt.

Personalien. Der Amtsgerichtsrath Müller in Schwertin a. W. ist als Landgerichtsrath an das Landgericht in Kottbus, der Amtsrichter Wendeler in Schroda an das Amtsgericht in Landsberg a. W. versetzt. — Der Kaiser hat die Erlaubnis zur Anlegung der Kommandeur-Insignien 2. Kl. des anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären: dem Präsidenten der Eisenbahn-Direktion in Posen Bretschneider, der Ritter-Insignien 1. Kl. desselben Ordens: dem Reg.- und Bauath Lehwald, Mitglied der Eisenbahn-Direktion in Posen, und dem Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Deufel zu Wiffa i. B. erteilt.

## Aus der Provinz.

Biffa i. P., 15. Mai. [Schulaufsicht.] Der Pfarrer Mohrbach zu Zaborowo hat die Ortsaufsicht über die Schule zu Zaborowo niedergelegt und die Regierung hat die Ortsaufsicht über die genannte Schule dem hiesigen Superintendenten Linke übertragen.

Gnesen, 15. Mai. [Erbhängt.] Heute früh hat sich hier der Fleischermeister Max Galantowicz erhängt. Die Ursache des Selbstmordes ist bisher unbekannt. Vor der That handelte G. seinem Sohne noch eine größere Geldsumme ein und beauftragte ihn, dafür Schweine zu kaufen. Etwas Auffälliges wurde an G. nicht bemerkt. Gegen 6 Uhr früh brachte die Wirthschafterin die Nachricht, daß G. sich auf dem Boden erhängt habe. Die Ehefrau des G. und sonstige Bewohner des Hauses eilten herbei, jedoch war der Tod bereits eingetreten. G. lebte in guten Verhältnissen und stand bei seinen Mitbürgern in Achtung. Was ihn zu dieser That getrieben hat, bleibt vorläufig unerklärt.

Pudewitz, 15. Mai. [Feuer.] Besonders stark von Bränden heimgesucht wird das etwa 4 Kilometer von hier entfernte Dorf Poczno. Nachdem in voriger Woche erst eine Scheune des Landwirths R. dort niedergebrannt, entstand am Dienstag Abend wieder ein größeres Feuer, durch welches zwei Wirthshäuser in Asche gelegt wurden. Zwei Einwohner-Familien konnten nur das nackte Leben retten; ihre unversicherte Habe konnte nicht mehr geborgen werden. Die Entdeckung des Feuers, welches von hier aus gesehen werden konnte, ist bis jetzt unaufgeklärt.

Schulitz, 15. Mai. [Die Unterbilanz des Wegnerischen Konraths.] befaßt sich dem „Gel.“ zufolge auf 1300 000 M. [S. scheint durch das Fallissement anderer Firmen in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein.]

Koschmin, 15. Mai. [Feuer.] Gestern Nachmittag brannten in Wolkow zwei der Wirthshäuser und Neumann gehörige Wirthshäuser nieder. Das Feuer ist in dem hiesigen Wohnhause auf bis jetzt noch nicht aufgekündete Weise entstanden und ergriff bei dem herrschenden starken Winde bald die übrigen Wirthshausgebäude sowie die Nachbarmithshäuser.

Ratibitz, 15. Mai. [Feuer.] Heute Morgen gegen 4 Uhr brannten in der Christenstraße ein dem hiesigen Aderbürger Louis Schmolke gehöriger großer Stall und einige kleine Stallungen des Wirthschaftsbesizers Grötsche total nieder. Dem schnellen und energischen Eingreifen der Nachbarn und anderer Personen ist zu verdanken, daß sämmtliches Vieh gerettet wurde, und daß das Feuer nicht größere Dimensionen angenommen hätte. Beide Abgebrennten sind versichert. Wie das Feuer entstanden, ist bis jetzt unbekannt. Zur Hilfeleistung sind die Spritzen nebst Mannschaften aus den Nachbargemeinden Dobsko und Tarnowo erschienen.

## Aus den Nachbargemeinden der Provinz.

Danzig, 15. Mai. [Zur Oberbürgermeisterwahl.] Der von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl des Ersten Bürgermeisters eingesetzte Wahlausschuß hatte, wie gemeldet, drei Bewerber, zwei Danziger Herren und den Bromberger Oberbürgermeister Bräse vorläufig auf die engere Kandidatenliste gestellt. Am Mittwoch Nachmittag hat nun das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung in vertraulicher Besprechung sich mit diesen Vorkandidaten beschäftigt. Das Resultat der

vertraulichen Versammlung der Stadtverordneten ist eine probeweise Vorabstimmung gewesen, welche ergeben hat, daß von 47 anwesenden Stadtverordneten sich 30 für die Wahl des Regierungsraths Delbrück beim hiesigen Oberpräsidium zum Ersten Bürgermeister Danzigs erklärt haben, während die übrigen 17 Stimmen sich auf die Herren Bürgermeister Trampe von hier und Oberbürgermeister Bräse in Bromberg vertheilt haben. Wie es heißt, soll die Wahl selbst in einer in nächster Woche stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten auf die Tagesordnung gesetzt werden. — Wie die Bromberger „D. Pr.“ aus fester Quelle hört, hat inzwischen Oberbürgermeister Bräse seine Bewerbung um die Danziger Oberbürgermeisterstelle zurückgezogen.

## Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. Mai. Der Kaiser hat die Wahl des Antisemiten Strobach zum Bürgermeister von Wien bestätigt. Die Vereidigung des neuen Bürgermeisters findet Dienstag statt.

Wien, 15. Mai. Wie die Blätter melden, verhielten sich die Studenten der Universität und der technischen Hochschule im Laufe des heutigen Tages ruhig. Der Rektor der Universität berief diejenigen Studenten, welche den Protest gegen die Jahrtausendfeier unterzeichnet hatten, zu sich, forderte sie auf, auf die Herstellung der Ruhe hinzuwirken, und drohte, die Universität sonst zu schließen. Die Studenten versprachen, dieser Aufforderung nachzukommen.

Wie verlautet, wird das Abgeordnetenhaus bis zum 7. Juni tagen, um auch das Helmtgeleß zu erledigen. Das Haus nahm heute die revidirte Artikel der Wahlreformvorlage in zweiter Lesung in der Fassung des Ausschusses an. Im Laufe der Debatte sprach sich der Finanzminister gegen die Zuschläge zur Einkommensteuer aus. Das Haus nahm ferner den Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Versorgungsgeleßes für Personen des Heeres der Kriegsmarine und der Landwehr, sowie die Zusatzvereinbarung zur Regelung des internationalen Eisenbahnverkehrs an.

Budapest, 15. Mai. [Abgeordnetenhaus.] Der Präsident unterbreitete dem Hause ein königliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Baron Banffy, betreffend die Einberufung der Delegationen. Die Wahlen für dieselben werden auf Montag anberaumt. Sodann wurden Petitionen erledigt; darunter eine solche von in Slavonien lebenden Ungarn, welche um Schutz gegen Slavonisation bitten. Der Ministerpräsident erklärte, er werde bei gebührender Achtung für die Autonomie Kroatiens, falls die Beschwerden sich als begründet erweisen, die zur Abstellung derselben erforderlichen Verfügungen treffen. Nächste Sitzung morgen. Baron Banffy wird darin die Interpellation Horvath's betreffend die serbische Falschaffaffäre beantworten.

Budapest, 15. Mai. [Abgeordnetenhaus.] Der Finanzminister Dr. Gulacs brachte einen Gesetzentwurf ein, welcher für die von der Haupt- und Residenzstadt Budapest aufzunehmende Anleihe von 50 Millionen Gulden Steuer- und Gebührenfreiheit verlangt und zugleich den Finanzminister ermächtigt, bei der Konvertirung der jetzigen 4<sup>1/2</sup> prozentigen Budapest Anleihe im Betrage von 25 Millionen Gulden ebenfalls Steuer- und Gebührenfreiheit zu gewähren. Der Finanzausschuß nahm einen Gesetzentwurf betreffend die steuerfreie Einfuhr von Mineralöl von einer Dichtigkeit unter 770 Grad an.

Paris, 15. Mai. Der „Monteur universel“, das Organ der Royalisten erklärt in aller Form, daß nicht die mindeste Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern des royalistischen Komitees bestehe.

Paris, 15. Mai. Der Präsident des früheren Stadtraths von Paris, Rousselle, ist gestorben.

Monaco, 15. Mai. Die Kaiserin von Rußland, der Großfürst Thronfolger von Rußland und die Mitglieder der kaiserlichen Familie haben heute Vormittag 11<sup>1/2</sup> Uhr auf dem Dampfer „Sarniba“ die Reise nach Villefranche angetreten.

London, 15. Mai. [Unterhaus.] Chamberlain erklärte, der Gouverneur von Hongkong habe telegraphisch mitgetheilt, daß die Offiziere des deutschen Postdampfers „Gohenzollern“ keine photographische Aufnahme der Forts angefertigt haben. Das ursprünglich über dieselben verhängte Urtheil, welches auf 9 Monate Gefängniß lautete, sei nach einem neuen Verhör in eine Geldbuße von 100 Dollars umgewandelt worden. Ferner erklärte Chamberlain, die Regierung habe gewußt, als die Königin Victoria und anderen den Freibrief für die südafrikanische Gesellschaft gewährte, daß die deutsche Unterthanen sei. Viele Ausländer seien von der Königin und ihren Vorgängern in Vertrauensposten beschäftigt worden. Welt sei nicht als britischer Unterthan naturalisirt, aber es sei nicht möglich, die Chartered Company zu veranlassen, die Demission Welts herbeizuführen, da derselbe freiwillig seinen Kollegen seine Demission angeboten habe.

London, 15. Mai. Der englische Botschafter Arthur hat im Namen der englischen Regierung in Rom Einspruch erhoben gegen das Urtheil des Gerichtshofes, durch welches Gotthard freigesprochen wurde.

Brüssel, 15. Mai. Die Kammer nahm mit 61 gegen 55 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen die ganze Kongressvorlage an.

Rotterdam, 15. Mai. Die heute Nachmittag abgehaltene Versammlung der ausländischen Schiffsentlader lehnte einstimmig den gemeldeten Vorschlag eines der hervorragendsten Arbeitgeber ab. Der Ausstand dauert somit fort.

Konstantinopel, 15. Mai. Nach Berichten aus Aret herrscht dort in Folge der Verlegung der Einberufung des Landtages neuerlich große Erregung. Die Lage erscheint durch diese Regierungs-Maßregel jedenfalls verschlechtert, wenn auch nicht unmittelbar gefährdend. Allgemein gilt als wünschenswerth, daß die Pforte ihre Verklündigung, daß der Landtag spätestens bis Mitte August einberufen werden soll, baldigst zur Ausführung bringe.

Maffanah, 15. Mai. (Melbung der „Agenzia Stefani“.) Ras Mangasch befindet sich mit 6000 Mann, die mit Gewehren bewaffnet sind, in Abianbai. Er setzt den Kampf gegen Schilet mit geringem Erfolge fort. Ras Alula, der sich mit 2000 Gewehren bei Adua befindet, hat ihm davon abgerathen, den Kampf anzunehmen. Ras Sebat und Agostafari befinden sich nordöstlich von Abigrat. Große und kleine Eingeborenenführer fangen wieder an, den Italienern ihre Dienste anzubieten; Menelik hatte versprochen, Lebensmittel nach Tigre zu schaffen, allein die Provinzen, welche dieselben zu liefern haben, verweigern ihm den Gehorsam. Obgleich der italienische Verpflegungsdienst sich gebessert hat, bietet derselbe noch Schwierigkeiten dar.

## Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Stg.“  
Berlin, 16. Mai, Vormittags.

Im Festsaal des Rathhauses fand Abends eine Gedenkfeier zu Ehren des Begründers der Schutzbotenimpfung Jenner statt; anwesend waren der Unterrichtsminister Hoffe, der Generalstaatsarzt Dr. Coler, der Universitätsrektor, zahlreiche Ärzte, Professoren und Stadtvertreter. Die Festrede hielt Professor Gerhardt.

Dresden, 15. Mai. Die gestern Abend geschlossene internationale Gartenbau-Ausstellung war im Ganzen von 250 000 Personen besucht. Das Finanzergebnis ist glänzend.

Würzburg, 15. Mai. Nachmittags kam im linken Flügel des königlichen Schlosses Feuer aus. Der Dachstuhl wurde zerstört. Militär leistete wirksame Hilfe. Die Ursache liegt wahrscheinlich an einem schadhaften Kamin. Die Kaminseger konnten sich mit Mühe retten.

Rom, 16. Mai. Die Enchiklika des Papstes an die Bischöfe führt die geistliche Entwicklung Ungarns auf die Lehre des Evangeliums zurück und erinnert daran, daß die Päpste die bürgerlichen Freiheiten Ungarns unterstützten, befragt die Abnahme der Achtung vor der katholischen Lehre, selbst unter Katholiken, fordert die Vaterlandsliebenden Ungarn auf, an der Befestigung der Bismarck'schen Mittheilungen und hofft, die der Stephanskronen ermißenen Ehren würden die Eryfurcht des Volkes gegenüber dem Hause Habsburg und die Anhänglichkeit an den päpstlichen Stuhl vergrößern.

## Handel und Verkehr.

London, 14. Mai. Bankausweis.  
Totalreserve . . . 37 673 000 Lsh.  
Notenumlau . . . 26 194 000 Lsh.  
Baarvorrath . . . 47 067 000 Lsh.  
Portfeuille . . . 28 501 000 Lsh.  
Guthaben der Privaten . . . 49 442 000 Lsh.  
do. des Staats . . . 14 152 000 Lsh.  
Notenreserve . . . 35 180 000 Lsh.  
Regierungsicherheiten . . . 15 261 000 unverbändert.  
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 59<sup>1/2</sup> gegen 59 in der Vorwoche.  
Clearinghouse-Umsatz 135 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 34 Millionen.

## Marktberichte.

Bromberg, 15. Mai. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen gute gelbste Mittelwaare je nach Qualität 146—154 Mark, geringe Qualität unter Rottz. Roggen je nach Qualität 106—112 Mark, geringe Qualität unter Rottz. Gerste nach Qualität 106—114 Mark, gute Braugerste 115—125 Mark. Erbsen Futterwaare 108—118 Mark. Rohwaare 125—135 Mark. Hafer: 108—115 Mark. Weizen 70er 33,00 Mark.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1896.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Stunde.	66 m Seehöhe.			Grad.
15. Nachm. 2	747,2	W. fließ.	bedeckt	+11,7
15. Abends 9	747,7	W. mäßig	bedeckt	+10,2
16. Morgens 7	748,1	W. mäßig	bedeckt	+9,0
*) Den Tag über mit Unterbrechung schwacher Regen (0,83 mm).				
*) Nachts Regen (0,90 mm).				
Am 15. Mai	Barometer-Maximum	+ 14,2° Cel.		
Am 15. Mai	Barometer-Minimum	+ 8,9°		

## Wasserstand der Warthe.

Posen	am	15.	Mai	Morgens	2,88	Meter
"	"	15	"	Mittags	2,88	"
"	"	16.	"	Morgens	2,90	"

## Produkten- und Börsenberichte.

Breslau, 15. Mai. (Schlußkurse.) Kleinlich fest.  
3proz. Reichsanleihe 99,70, 3<sup>1/2</sup>proz. L.-Pfundbr. 100,50, Consol. Türken 21,70, Tür. Loose 112,00, 4proz. ung. Goldrente 104,00, Bresl. Diskontobank 119,75, Breslauer Wechselbank 106,00, Kreditbank 221,75, Schles. Bankverein 130,00, Donnersmarthütte 151,25, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 154,00, Oberschles. Eisenbahn 82,60, Oberschles. Portland-Zement 123,00, Schles. Zement 184,25, Oppeln-Zement 141,00, Kramsta 141,50, Schles. Zinkattien 207,00, Laurahütte 153,90, Verein. Delfabr. 94,25, Oesterreich. Banknoten 169,80, Russ. Banknoten 216,90, Gieseler Zement 114,75, 4proz. ungarische Kronenleihe 99,60, Breslauer elektrische Straßenbahn 183,75, Caro Hengelscheldt Aktien 106,25, Deutsche Kleinbahn —, Breslauer Spiritfabrik 135,50, Leipziger elektrische Straßenbahn 167,00.

London, 15. Mai. (Schlußkurse.) Fest.  
Engl. 2<sup>1/2</sup>proz. Consoles 112<sup>1/2</sup> Breuk. 4proz. Consoles —, Italien. 5proz. Rente 86<sup>1/2</sup>, Lombarden 9, 4proz. 1889 (II. Serie) 104<sup>1/2</sup>, lomb. Türken 21<sup>1/2</sup>, Oester. Silber —, Oester. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 103<sup>1/2</sup>, 3proz. Spanier 63<sup>1/2</sup>, 4<sup>1/2</sup>proz. Egypter 100<sup>1/2</sup>, 4proz. ungar. Egypter 102<sup>1/2</sup>, 3<sup>1/2</sup>proz. Tribut-Anl. 96<sup>1/2</sup>, 6proz. Mexikaner 94<sup>1/2</sup>, Ottomane 13, Canada Pacific 61<sup>1/2</sup>, De Beers neue 39<sup>1/2</sup>, Rio Tinto 21<sup>1/2</sup>, 4proz. Rupees 63<sup>1/2</sup>, 6proz. fund. arg. A. 86<sup>1/2</sup>, 5proz. arg. Goldanleihe 79<sup>1/2</sup>, 4<sup>1/2</sup>proz. arg. do. 53, 3proz. Reichsanl. 93, Griech. 81, Anleihe 32, do. 87er Monopol-Anl. 35<sup>1/2</sup>, 4proz. Griechen 1889er 27, Bras. 89er Anl. 74<sup>1/2</sup>, 5proz. Westera de Min. 82, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 94<sup>1/2</sup>, Plazbistonto 1, Silber 31<sup>1/2</sup>, Anatolier 89<sup>1/2</sup>, Chinesen 103<sup>1/2</sup>, 6proz. Chinesen (Charterd Bank-Anleihe) 114, 3proz. ung. Goldanl. —, Chinesen (neueste) 2<sup>1/2</sup> Proz. Arg.

Paris, 15. Mai. (Schlußkurse.) Träge.  
3proz. amort. Rente 100,90, 3proz. Rente 102,70, Italien. 5proz. Rente 86,90, 4proz. ung. Goldrente —, III. Egypter Anleihe —, 4proz. Russen 1889 —, 4proz. ungar. Egypter —, 4proz. span. ä. Anl. 63<sup>1/2</sup>, lomb. Türken 21,87<sup>1/2</sup>, Türken-Loose 116,00, 4proz. Tür. Prioritäts-Obligationen 1890 456,50, Franzosen 750,00, Lombarden —, Banque Ottomane 576,00, Banque de Paris 831,00, Bana. d'Escompte —, Rio Tinto-A. 555,50, Suezkanal-A. 3372,00, Cred. Suisse 786,00, B. de France 3680,—, Tab. Ottom. 875,00, Wechsel a. dt. Pl. 121<sup>1/2</sup>, Londoner Wechsel f. 25,15 Chén. a. London 25,16<sup>1/2</sup>, Wechsel Amsterdam f. 206,00, do. Wien f. 207,25, do. Madrid f. 416,50, Meridional-A. 631,00, Wechsel a. Italien 6<sup>1/2</sup>, Robinson-A. 231,00, Portugieser 26,93, Portug. Tabaks-Obligation 482,—, 4proz. Russen 66,40, Privatdiskont 1<sup>1/2</sup>.

Frankfurt a. M., 15. Mai. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 300, Franzosen 301, Lombarden 83<sup>1/2</sup>, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 174,20, Diskont. Kommandit 206,70, Dresdner Bank 154,50, Berliner Handelsgesellschaft 149,00, Bochumer Gußstahl 156,30, Dortmunder Union St.-Pr.



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von H. Wustmann & S. in Berlin.